daß der Antrag nicht ernst gemeint sein konnte; daß er, dessen Zeit sehr knapp gemessen ist, trotzdem eine ganze Sitzung auf die gänzlich überflüssige Berathung verschwendete, ist ein Zeichen, wie wenig er seine Pflichten erkennt und seine Würde wahrzunehmen weiß. Wer nicht einsieht, daß ein solcher Antrag zu jetziger Zeit nichts anderes, als einen frechen Hohn gegen die Umsturzvorlage bedeutet, dem muß es überhaupt an erforderlicher Einsicht fehlen.

Im Reichstagswahlkreise Remscheid-Lennep-Mettmann haben die Ordnungsparteien, besonders die Konservativen, durch ihr selbstloses Eintreten dem freisinnigen Kandidaten bei der Stichwahl zum Siege über den Sozialdemokraten verholfen. Im Wahlkreise Meiningen haben die Freisinnigen Gelegenheit, zu zeigen, daß sie eine unverdiente Wohlthat anzuerkennen und zu vergelten wissen. Man wagt ihnen nur leider selbst eine so natürliche Regung nicht zuzutrauen; die Sozialdemokraten stehen ihrem Herzen doch am nächsten.

Die Ernennung — man darf wohl sagen: die endliche Ernennung — des Majors v. Wißmann zum Gouverneur von Ostafrika hat im ganzen Reiche große Freude erweckt. Der Ernannte hat eine solche, und gerade diese Stellung längst verdient; und unsere Kolonialpolitik wird von der Ernennung großen Nutzen haben.

In Oesterreich-Ungarn droht eine Ministerkrisis einzutreten in Folge der Stellungnahme des ungarischen Ministerpräsidenten v. Banffy gegen die Bestrebungen des Nuntius Agliardi gelegentlich der Beantwortung einer diesbetreffs in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 1. Mai gestellten Anfrage.

Der Fragesteller, ein Mitglied der liberalen Partei, interpellirte die Regierung wegen der jüngsten Reise des päpstlichen Nuntius Agliardi in Ungarn, welche allgemein als eine Einmengung einer auswärtigen Macht in innere Angelegenheiten Ungarns angesehen werde, weil die Mission Agliardis eine Stärkung der Opposition gegen die Kirchengesetze gewesen sei. Der Interpellant fragte, ob die Regierung hinsichtlich der Reise Agliardis Stellung genommen habe und ob sie dafür Sorge tragen wolle, daß eine ähnliche Beunruhigung nicht mehr erfolge. Ministerpräsident v. Banffy erwiderte, der Nuntius habe durch seine in Ungarn gethanen Aeußerungen den Eindruck gemacht, als habe er seine Befugnisse als auswärtiger Vertreter überschritten; der Nuntius sei nichts weiter, als der Vertreter einer fremden Macht. Der Einfluß der Curie auf das geistliche Gebiet dürfe nach dem Staatsrecht nicht durch den Nuntius, sondern nur durch den Fürst-Primas ausgeübt werden. Diese Ansicht der Ungarischen Regierung habe sich die gemeinsame Regierung zu eigen gemacht; letztere sei bei dem päpstlichen Stuhle vorstellig geworden und habe wegen des Auftretens des Nuntius Agliardi in Ungarn Aufklärungen verlangt.

In den liberalen Kreisen Ungarns herrschte natürlich große Freude über die entschiedene Stellungnahme der Regierung und die gesammte Presse gab alsbald unter Betheuerung des Umstandes, daß ja die ungarische Regierung im vollen Einverständniß mit der Krone und der österreichischen Regierung handle, sich den überschwenglichsten Hoffnungen auf eine Niederlage der klerikalen Partei in hin. Um so verblüffender mußte daher eine offiziöse Mittheilung der „Pol. Corr." wirken, deren Wortlaut wir in folgendem mittheilen. Es heißt in dieser Note:

„Die Form und der Inhalt der vom ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy dem Abg. Terényi auf seine Interpellation über die jüngste Reise des apostolischen Nuntius, Msgr. Agliardi nach Ungarn ertheilten Antwort haben, wie überall, so auch im k. und k. Ministerium des Aeußern überrascht. Es hat nicht wenig Befremden erregt, daß in mehreren wesentlichen Punkten die Erklärungen des Baron Banffy sachlich unrichtig sind und sich daher mit den Ansichten des Ministers des Aeußern nicht decken. Dies gilt sowohl von der Motivirung wie von den Konklusionen der ministeriellen Erklärung und ist es hier auch nicht bekannt, wieso Baron Banffy berechtigt war, ausdrücklich zu erklären: „daß der Minister des Aeußern den dargelegten Standpunkt der königlich ungarischen Regierung zu dem seinigen gemacht hat." Hierüber waren die Akten nicht geschlossen, ebensowenig wie über die eventuelle Frage, inwiewett und in welcher Form in Rom vertrauliche Bemerkungen über das Auftreten Msgr. Agliardis gemacht werden sollten. Dies mußte von den dem Minister des Aeußern noch nicht vorliegenden Daten abhängen, welche eine Einmischung des apostolischen Nuntius in innere Angelegenheiten nachzuweisen vermögen. Wenn also Baron Banffy im ungarischen Parlamente die Erklärung abgab, daß diese Demarche bereits erfolgt sei, so kann dies nur seiner Unvertrautheit mit diplomatischen Geschäften zugeschrieben werden, welche wohl auch die Schuld daran trägt, daß der Ministerpräsident auf eigene Verantwortung und ohne Rücksicht auf unsere freundschaftlichen Beziehungen zum heiligen Stuhle eine wie ein Schlachtruf tönende Erklärung im Parlamente abgab, was für die Sache selbst nur schädliche Folgen haben kann. Es dürfte also diese Interpellationsbeantwortung des Baron Banffy noch zu weiteren Erklärungen und Konsequenzen führen."

Wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel hat diese unzweifelhaft vom Grafen Kalnoky herrührende Erklärung in Buda-Pest gewirkt. Selbst konservative und klerikale Kreise waren, wie gemeldet wird, von dieser Wendung der Dinge aufs äußerste überrascht. Allgemein hält man eine Ministerkrisis für unvermeidlich, falls Baron Banffy nicht Aufklärung bez. Genugthuung erhalte für die Verleugnung seiner Politik.

Das Verhältniß zwischen Schweden und Norwegen wird immer gespannter. Man fängt an, einander auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik zu befehden. Ein Stockholmer Telegramm signalisirte den Beschluß der ersten Kammer, den schwedisch-norwegischen Handelsvertrag zu kündigen. Zwar hat die zweite Kammer den analogen Ausschußantrag abgelehnt und mit 112 gegen 106 Stimmen einen Antrag auf Revision des Vertrages angenommen, aber auch in dieser abgeschwächten Form bekundet sich deutlich eine Stimmung, welche den Norwegern zu denken geben dürfte.

Der Austausch der japanisch-chinesischen Friedensratifikationen soll am 8. Mai vor sich gehen. Während sich der leitende japanische Staatsmann Graf Ito nach Tschifu auf den Weg gemacht hatte, wurde der Vertreter China's Li-Hung-Tschang nach Peking berufen, wie es scheint, um den Friedensvertrag durchzudrücken, was ihm denn auch gelungen zu sein scheint. Uebrigens fanden in diesen Tagen in Berlin mehrfach wichtige Berathungen zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen mit dem Gesandten Japans und Chinas statt. Natürlich war der Friedensschluß der Gegenstand der langen Unterredungen; und es läßt sich annehmen, daß solche auch in Petersburg und Paris gepflogen worden sind. Die Wünsche der drei Großstaaten sollen in Japan Verständniß gefunden haben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Der **Reichstag** erledigte am Sonnabend die dritte Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Binnenschifffahrt. Nach kurzer Generaldiskussion wurden die §§ 1 bis 3 in der Specialdebatte debattelos angenommen. Nach längerer Diskussion wurde auch § 4 mit dem in der zweiten Lesung angenommenen Zusatze angenommen, wonach der Schiffseigner, auch wenn er nicht selbst das Schiff führt, für den durch fehlerhafte Führung entstandenen Schaden ausschließlich mit Schiff und Fracht haftet. Abg. Stephan, (Centrum) und Staatssekretär Dr. Nieberding waren lebhaft für Streichung des Zusatzes eingetreten. Der Rest des Gesetzes wurde mit zwei unerheblichen, von den Abgg. Bassermann (nl.) und Gamp (Reichsp.) beantragten Amendements angenommen. Sodann wurde das ganze Gesetz in der Gesammtabstimmung angenommen gegen die Stimmen der Socialdemokraten. Hierauf wurde auch der Gesetzentwurf betreffend die Flößerei definitiv en bloc angenommen, ebenfalls gegen die Stimmen der Socialdemokraten. Nachdem eine Reihe von Petitionen ohne Debatte gemäß den Kommissionsanträgen erledigt waren, beraumte der Präsident Frhr. v. Buol die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr mit folgender Tagesordnung an: 1) Zweite Berathung des Antrags Auer, betreffend das Versammlungsrecht; 2) Abstimmung bezüglich der Wahl des Abgeordneten Dr. Böttcher; 3) Antrag Rickert. Abgeordneter Richter (fr. Vp.) ersucht, die Prüfung der Wahl des Abgeordneten v. Dziembowski gleichfalls auf die Tagesordnung zu setzen. Abgeordneter Staudy (kons) widersprach dem. Als nunmehr der Präsident auch diese Wahlprüfung auf die Tagesordnung setzt, beantragt Abg. Staudy die Absetzung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 110 Mitgliedern; das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident setzte unter Heiterkeit des Hauses die Prüfung der Wahl des Abg. v. Dziembowski aus eigener Machtvollkommenheit auf die Tagesordnung. Schluß 3¾ Uhr.

Oesterreich.

Wien, 4. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses richtete Abg. Hellwich an den Handelsminister die Anfrage, ob der Minister des Aeußeren mit Rücksicht auf die bevorstehenden Machtverschiebungen in Ostasien Anstalten getroffen habe, damit die Interessen Oesterreich-Ungarns keine Einbuße erleiden, und ob der Handelsminister Fürsorge getroffen habe, daß der heimische Exporthandel nach Ostasien keinen Abbruch, sondern eine Kräftigung erfahre.

— Gegenüber anderweitigen Meldungen versichert der Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg." die Stellung Kalnokys sei nach oben hin fest, da er ganz korrekt gehandelt habe und nicht dulden konnte, daß Banffy ohne höhere Genehmigung auswärtige Politik treibe. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, hat der Nuntius Agliardi bei dem vorgestrigen Besuch bei Kalnoky die gegen ihn vorgebrachten Beschwerden zu entkräftigen gewußt. Die Lage Ungarns wird als sehr kritisch bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Der Kassationsgerichtshof verwarf gestern die Berufung Schönebecks, der am 15. Februar wegen Spionage zu vier Monaten Gefängniß und 5000 Francs Geldstrafe verurtheilt worden war.

Paris, 4. Mai. Eine Meldung der „Agence Havas" berichtet Folgendes aus Majunga (Madagascar): Die wichtige Stellung von Marovay am Betsiboka, siebzig Kilometer vom Majunga, wurde von den Franzosen genommen. Kanonen, Proviant und viele Gefangene fielen in die Hände der Franzosen, deren Verluste unbedeutend waren. Die Hovas erlitten bedeutende Verluste. Die Haltung der Truppen war vorzüglich; ihr Gesundheitszustand ist gut.

England.

London, 4. Mai. Im Unterhause beantragte Alphons Morton eine Resolution, in welcher erklärt wird, da der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha die Souveränetät eines fremden Landes übernommen habe, sei es wünschenswerth, daß die Zahlung seiner Apanage von 10000 Pfd. eingestellt werde. Dieser Antrag wurde von Labouchère unterstützt. Schatzkanzler Harcourt bedauert es sehr, daß diese die königliche Familie betreffende Frage nochmals aufgeworfen werde, nachdem sie das letzte Mal mit entscheidender Majorität verworfen worden sei. Der Herzog habe freiwillig auf 15000 Pfund verzichtet. Die 10000 Pfund seien bewilligt worden, als sich der Herzog mit einer russischen Prinzessin verheirathete, um den Hofhalt zu ermöglichen. Dieselben sollten gleichzeitig eine Versorgung für die Prinzessin sein, wenn sie ihren Gemahl überlebte. Beide Annuitäten ständen auf demselben Fuße. Die Einziehung der Apanage von 10000 Pfund würde für das Unterhaus ein unschicklicher Akt sein. Der Herzog habe nicht aufgehört, englischer Prinz zu sein und er — Redner — bedaure tief die gegenüber dem Herzog in seiner Eigenschaft als deutscher Fürst gemachten unehrerbietigen Aeußerungen. (Beifall). Nur auf Initiative der Krone stände dem Hause das Recht zu, die Apanage zurückzuziehen, diese Initiative könne aber nur auf Antrag der verantwortlichen Minister ergriffen werden und ein solcher Antrag sei der Königin nicht unterbreitet worden. (Lauter Beifall.) Die Regierung bleibe bei ihrer Ansicht und er hoffe, das Haus werde die Regierung unterstützen. Balfour unterstützte die Erklärung Harcourts. Der Antrag Mortons wurde darauf mit 193 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Spanien.

Madrid, 4. Mai. Nach einem Telegramm aus Habana ist der Korrespondent des „New-York World" bei Guantanamo festgenommen worden. Derselbe wird beschuldigt, Propaganda für die Separatisten getrieben zu haben. — Die Truppen schlugen einen von Marcos Ramirez befehligten Insurgentenhaufen. Ramirez ist gefallen.

Serbien.

Nisch, 4. Mai. Die Skupschtina beschloß durch Acclamation die Annahme einer Resolution, wonach die Verwerfung der Finanzvorlage in keiner Weise das Vertrauen zum Kabinet berühre, das von der Skupschtina völlig unterstützt würde. Das Präsidium theilte diese Resolution der Regierung mit, die bei ihrem Erscheinen mit Kundgebungen begrüßt wurde. Der Ministerpräsident dankte für den Beschluß der Skupschtina und brachte ein „Hoch" aus, das lebhaften Widerhall fand. Die Skupschtina genehmigte hierauf einstimmig unter Hochrufen auf den König sämmtliche infolge des Verfassungskonfliktes im Mai 1894 geänderten und wiederhergestellten Gesetze, nachdem der Präsident Nikolajewitsch als ehemaliger Chef die Ursachen auseinandergesetzt hatte, weshalb das damalige Kabinet dem Könige die Aufhebung der Verfassung von 1888, die das Land an den Rand des Abgrundes und Bankerotts gebracht habe, gerathen habe. Der serbisch-griechische Handelsvertrag und einige andere Vorlagen wurden sodann durch Acclamation angenommen. Die Regierung unterbreitete der Skupschtina ein neues Preßgesetz und ein Gesetz betreffend die Organisirung der Gemeinden.

Asien.

Yokohama, 4. Mai. Die bisher in den Vertragshäfen stationirten russischen Kriegsschiffe haben diese Häfen verlassen.

Afrika.

— Nach einem dem Togokomitee aus Braß an der Niegermündung zugegangenen Telegramm vom 3. Mai ist die Expedition bei Sary am Niger angelangt und hat Verträge mit den Sultanen Paddaba in Pama, Adama in Gurma, Bissugi, Mechali und Gara geschlossen. Die Expedition verfolgte von dort den Nigerlauf und bestand bei Bekimi unterhalb Jay ein siegreiches Gefecht. In Karmamma, woselbst die Pocken unter den Trägern ausgebrochen waren, trennte sich die Expedition. Der Führer der Expedition, Dr. Gruner, wandte sich mit Dr. Döring nach Süden, um über Borgu nach Misohöhe zurückzukehren; Lieutenant v. Carnap kehrte mit den Kranken nach Braß zurück.

Aus Sachsen.

— Mit Anfang nächster Woche beginnt in **Dresden** eine Sportfestwoche, die gewiß große Zugkraft auf auswärtige Besucher der Residenz ausüben wird. Nicht nur das 3 Tage dauernde Rennmeeting mit ca. 90 000 M. an Preisen, ist es, welches allem schon Aufsehen erregt, sondern auch die Abhaltung der verschiedenartigsten gesellschaftlichen und Volksbelustigungen tragen dazu bei, das Ganze zu einem sportlichen Fest ersten Ranges zu gestalten. Ueberhaupt hat man vor, dauernd wie in Baden-Baden im Herbst, in Dresden im Frühjahr eine Woche festzusetzen, in welcher dem internationalen Fremdenverkehr ein Mittelpunkt geschaffen wird. Daß Dresden durch seine bevorzugte Lage hierzu ganz besonders geeignet ist, ist ja bekannt. Am Sonntag, den 19. Mai, beginnen die Festlichkeiten, die am Freitag, den 24. Mai, enden. Im Königl. Hoftheater findet eine „Mignon"-Vorstellung statt, an einem anderen Abend ebendaselbst ein Subskriptionsball, zu welchem der gesammte Königl. Hof sein Erscheinen bereits zugesagt hat; ferner auf der Brühl'schen Terrasse ein großes Promenadenkonzert mit elektrischer Beleuchtung und venetianischem Gondelfest auf der Elbe; im Königlichen Großen Garten ist wiederum ein Monstre-Konzert von 7 Militärkapellen mit anschließendem Blumen-Korso à la Nizza. Während der ganzen Zeit vom 19. bis 24. Mai findet gleichzeitig die große internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen, von Jagd- und Sportartikeln statt.

— Aus **Großenhain** wird berichtet: Für Jäger und Wildfreunde bringt der wieder erwachte Frühling die erfreuliche Wahrnehmung, daß der strenge, langanhaltende Winter dem Hasen- und Rebhühnerbestande in der hiesigen Gegend nur geringen Abbruch gethan hat, denn überall zeigen sich beide Wildgattungen in starker Zahl. — Zur Ergänzung der Meldung über den an dem Wirthschaftsbesitzer Traugott Friedrich Müller in **Brännsdorf** angeblich verübten Raubanfall sei noch Folgendes bemerkt: Müller begab sich am Mittwoch früh in der fünften Stunde nach der Haltestelle Frankenstein, um von dort aus mit dem ersten Zuge nach Freiberg zu fahren. Daselbst wollte er eine größere Schuld, die durch Erwerbung von Feldfläche, einer Wirthschaft auf dem Siegfried und Ankauf von Kühen entstanden war, begleichen. Er trug die Summe von 12600 Mark bei sich. Dieselbe bestand aus 2 Eintausendmarkscheinen, 12 Fünfhundertmarkscheinen, 1100 Mark in Hundertmarkscheinen und der Rest aus Gold- und Silbermünzen. Nach seinen weiteren Angaben wurde Müller in der Nähe der Haltestelle im Walde von einem ihm unbekannten Menschen angefallen, niedergeschlagen und, indem ihm der Räuber auf Gesicht und Brust kniete, seines Vermögens beraubt. Müller liegt schwer krank darnieder. Die Erörterungen der Königl. Staatsanwaltschaft sind in vollem Gange und werden hoffentlich bald das Dunkel lichten.

— Das neue Seminar in **Rochlitz** ist auf einem im Norden der Stadt gelegenen, dem Staatsfiskus unentgeltlich überlassenen Bauplatz westlich von der Leipziger und nördlich von der Albertstraße errichtet. Es besteht aus Hauptgebäude, Seminarschule, Turnhalle, Turnplatz, Gärten der Schüler und des Direktors, sowie einigen Nebengebäuden. Das Hauptgebäude, dessen bebaute Grundfläche sich auf 2110 qm beläuft, ist aus scharfgebrannten Mauerziegeln aufgeführt und mit Verblendsteinen aus Rochlitzer Porphyrquadern verkleidet. Nur Aula, Haupttreppenhaus und Vorhalle haben Dekorationen und Architektur von Stuck, während alle übrigen Räume in der einfachsten Weise hergestellt sind. Die Heizung geschieht durch eine Warmwasser-Niederdruckheizung mit Luftvorwärmung, wozu sich im Sockelgeschoß und im Keller acht Feuerstellen befinden. Die künstliche Beleuchtung erfolgt durch Gas aus der Rochlitzer Gasfabrik. Neben einer Nutzwasserleitung, die auch nach dem Waschsaal und den fünf Badezellen führt, besteht eine Feuerleitung. Der Bau wurde im September 1892 begonnen und Ende März d. J. ohne jeden Unfall zu Ende geführt. Die Baukosten beliefen sich auf ca. 650000 M. — Wegen Münzverbrechens wurde der in **Chemnitz** wohnhafte Monteur Merker verg. Montag in seiner Arbeitsstätte, der Stärker'schen Strumpffabrik, verhaftet. Durch eine in seiner Wohnung zu gleicher Zeit vorgenommene Haussuchung sollen auch Formen zur Herstellung von Zweimarkstücken vorgefunden worden sein.

— Am 19., 20. und 21. Mai findet in **Kirchberg** die 30. Delegirten-Versammlung des Centralvereins der Deutschen Wollwaarenfabrikanten statt, mit welcher eine Ausstellung maschineller Neuheiten und Bedarfsartikel für die Wollwaarenfabrikation verbunden ist. Das Programm ist in folgender Weise aufgestellt: Sonntag, den 19. Mai 1895. Empfang der Theilnehmer der Versammlung am Bahnhofe. Im Restaurant an demselben Ertheilung von Auskunft bezüglich der